

# EU-NACHRICHTEN

## KURZ & KNAPP

### EU-China-Gipfel

Mehr Ausgewogenheit in den Beziehungen gefordert

Seite 3

## IM FOKUS

### EU-Brexit-Gipfel

Ein harter Brexit ist zunächst abgewendet

Seite 4

### Schwarzes Loch

Erste Aufnahmen eines Phänomens

Seite 6



*Klar formuliert wurden die Bedenken der EU-Kommission bezüglich der Rechtsstaatlichkeit in Polen und Rumänien vom Ersten Vizepräsident Timmermans.*

Credit © European Union, 2019

## NEUE INSTRUMENTE ZUR DURCHSETZUNG

### EU will Rechtsstaatlichkeit besser schützen

Politik und Öffentlichkeit in der EU sollen darüber diskutieren, wie die Rechtsstaatlichkeit in der Union künftig besser geschützt und gestärkt werden kann. Um die Debatte anzustoßen, hat die EU-Kommission die Erfahrungen mit den derzeit verfügbaren Instrumenten dargelegt und mögliche Optionen zu ihrer Weiterentwicklung beschrieben.

> Gleichzeitig leitete sie ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen wegen neuer Disziplinarregeln ein, durch die die Unabhängigkeit polnischer Richter beeinträchtigt werde. Außerdem warnte der Erste Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans Rumänien, die Kommission werde „umgehend“ reagieren, falls Bukarest Justizreformen beschließen sollte, die unter anderem „de facto“ zur Straffreiheit für hohe Politiker führten, die wegen Korruption verurteilt sind.

In den vergangenen Jahren ist die Rechtsstaatlichkeit in Europa immer stärker unter Druck geraten. Das Vertrauen aller Bürger, Unternehmen und Investoren in rechtsstaatliche Prinzipien müsse aber unbedingt erhalten werden, mahnte Timmermans. „Erstens handelt es sich dabei um eine Frage unserer Grundwerte, d.h. die Frage, wer wir sind. Zweitens hängt das Funktionieren der EU als Ganzes von der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten ab“,

sagte er. Derzeit nutzt die Kommission eine Vielzahl von Instrumenten, um Probleme anzugehen. So wurden Rumänien im November im Rahmen des seit dem EU-Beitritt 2007 laufenden EU-Kooperations- und Kontrollverfahrens deutliche Rückschritte beim Kampf gegen Korruption und bei der Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien attestiert. Danach seien der rumänischen Regierung über 40 Punkte genannt worden, in denen die Kommission rasch Fortschritte erwarte, erklärte Timmermans. Sehr umstritten sind etwa Verfahren zur Ernennung und Entlassung von obersten Staatsanwälten, strafrechtliche Ermittlungen gegen die frühere oberste Korruptionsjägerin Laura Kövesi oder Bestrebungen der sozialdemokratischen Regierung, durch Eilerlasse wichtige Justizgesetze zu ändern. Doch trotz konstruktiver Gespräche auf technischer Ebene „konnten wir leider nicht feststellen, dass Rumänien wieder auf Kurs ist“, sagte Timmermans und mahnte: „Wir brauchen jetzt dringende Ergebnisse.“ >>

## KONFERENZ DER EU-KOMMISSION

### Regeln für Zukunft der Arbeit definieren

Wie die Zukunft der Arbeit angesichts der Herausforderungen von Globalisierung und Digitalisierung aussehen soll, muss jetzt definiert werden. Darin waren sich die rund 500 Teilnehmer einer von der EU-Kommission organisierten Konferenz zur „Zukunft der Arbeit“ einig. Menschen, die ihren Job verlieren oder vor neuen Aufgaben stehen, brauchen Hilfe durch Qualifizierung, Sozialleistungen und Arbeitsvermittlung, lautete eine andere Kernbotschaft. „In einer sich verändernden Arbeitswelt können wir nicht einfach von den Menschen erwarten, dass sie sich auf den Wandel einstellen und vorbereiten“, sagte die EU-Kommissarin für Arbeit und Soziales, Marianne Thyssen.

▀ Konferenz zur Zukunft der Arbeit

>> Ohne diese wäre etwa die Einleitung des Verfahrens nach Artikel 7 des EU-Vertrags möglich, das im letzten Schritt bis zur Aussetzung von Stimmrechten Rumäniens im Ministerrat führen könnte.

Solche, eigentlich nur für Ausnahmefälle vorgesehene Verfahren, laufen derzeit gegen Ungarn und Polen wegen Gefährdung des Rechtsstaates. Zu den außerdem bereits gegen Polen anhängigen Vertragsverletzungsverfahren kommt nun noch ein weiteres hinzu. Grund ist ein neues Gesetz, das es ermöglicht, Richter an ordentlichen Gerichten wegen des Inhalts ihrer richterlichen Entscheidungen disziplinarrechtlichen Ermittlungen, Verfahren und letztlich Sanktionen zu unterwerfen. Laut Kommission fehlen Betroffenen auch die Möglichkeiten, sich vor unparteiischen Gremien dagegen zu wehren. Disziplinarstrafen seien auch gegen Richter möglich, die dem Europäischen Gerichtshof Vorlagen stellen. Der Zugang zum EuGH sei aber für die kohärente Anwendung von EU-Recht in allen Mitgliedstaaten unerlässlich, sagte Timmermans.

**Konkrete Vorschläge im Juni**

Bis Juni will die Kommission Stellungnahmen zu ihrem Diskussionspapier sammeln. Dann will sie konkrete Vorschläge machen, wie sich die Rechtsstaatlichkeit besser durchsetzen lässt. Weiter genutzt werden dürften neben dem bestehenden EU-Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips, Verfahren nach Artikel 7 und Vertragsverletzungsverfahren auch Diskussionen im Europäischen Semester, das EU-Justizbarometer und das Ko-

operations- und Kontrollverfahren für Rumänien und Bulgarien. Eine Option für die Zukunft sieht die Kommission etwa darin, durch mehr Kommunikation und grenzüberschreitenden Austausch die „Kultur der Rechtsstaatlichkeit“ in den Mitgliedstaaten stärker zu fördern. Grundlegende Prinzipien und einschlägige Urteile sollten bekannter werden, möglicherweise könne dabei die Venedig-Kommission des Europarats eine stärkere Rolle spielen. Um frühzeitiger auf etwaige Probleme in einzelnen Staaten reagieren zu können, regt die Kommission einen regelmäßigen Dialog an. Im Ministerrat ist kürzlich bereits ein deutsch-belgischer Vorschlag diskutiert worden, wonach sich die EU-Staaten jährlich gegenseitig Empfehlungen in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit aussprechen könnten. Und der Spitzenkandidat der konservativen Europäischen Volkspartei für die Europawahl, Manfred Weber (CSU), hat die Einrichtung eines „unabhängigen Expertenrats“ vorgeschlagen, der die Verhältnisse in allen EU-Staaten regelmäßig überprüft.

Zur wirksamen Reaktion auf Probleme brachte die EU-Kommission eine zeitliche Befristung des Rechtsstaatlichkeitsdialogs ins Gespräch. Sie wies auch auf ihren Vorschlag hin, die Auszahlung bestimmter Mittel aus dem EU-Haushalt von der Einhaltung rechtsstaatlicher Standards abhängig zu machen. Im Europäischen Parlament gibt es dafür Unterstützung, die Diskussionen der EU-Staaten darüber laufen noch. (frh) >|

■ *Kommission will Rechtsstaatlichkeit in der EU stärken*

**Grundwerte der EU**

Rechtsstaatlichkeit ist in Artikel 2 des EU-Vertrags als einer der Werte verankert, auf die sich die EU gründet. Zu den weiteren Grundwerten gehören Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und die Wahrung der Menschenrechte.

**Ablauf der letzten Phase eines Artikel-7-Verfahrens (Sanktions-Mechanismus)  
Feststellung eines ernsthaften und dauerhaften Verstoßes gegen die EU-Grundwerte**



EU-CHINA-GIPFEL

## Juncker pocht auf ausgewogenere Beziehungen zu Peking



Credit © European Union, 2019

Die EU und China bekennen sich zu einem offenen, multilateral organisierten Welt-handelssystem, das auf transparenten, nicht-diskriminierenden Regeln basiert und in dessen Zentrum die UN-Welthandelsorganisation WTO steht. Das bekräftigten beide Seiten in einer gemeinsamen Erklärung nach dem EU-China-Gipfeltreffen in Brüssel. Am Abbau noch bestehender Marktzugangsbeschränkungen wollen sie bis zum nächsten Gipfeltreffen arbeiten, ebenso an einem bilateralen Investitionsabkommen und an internationalen Regeln für die staatliche Unterstützung von Industrieunternehmen.

Die EU glaube an das Potenzial der Partnerschaft mit China, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Partnerschaft sei in der heutigen Zeit wichtiger denn je und unter „guten Freunden“ könne man auch ehrlich miteinander reden, wenn das nötig sei. Denn die Beziehungen könnten noch deutlich besser werden, die EU

wünsche sich mehr Ausgewogenheit. „Europa möchte mehr handeln und mehr in China investieren, aber wir brauchen Regeln, die uns das erlauben“, sagte Juncker. Vereinbart wurden beim Gipfel etwa ein Dialog über Beihilfen- und Wettbewerbspolitik, über Kooperation in der Energiepolitik und eine Studie zum Ausbau der Eisenbahnverbindungen.

■ *EU-China Summit*

### UMSETZUNG VON EU-UMWELTRECHT IN DEUTSCHLAND

## Luft- und Wasserqualität kritisiert

Deutschland schneidet bei der Umsetzung von EU-Umweltgesetzen allgemein gut ab, allerdings üben die hohe Bevölkerungsdichte und eine zunehmend intensive Landwirtschaft großen Druck auf Ökosysteme und Artenvielfalt aus. In einem Bericht zur Umsetzung von EU-Umweltrecht weist die EU-Kommission auf bestehende Herausforderungen hin. Insbesondere gibt die Luftqualität weiter Anlass zu großer Sorge.

Auch haben nur 10 Prozent der Oberflächengewässer in Deutschland einen guten ökologischen Zustand. Das Land profitiere jedoch von einem großen Umweltbewusstsein seiner Bürgerinnen und Bürger und leiste Beachtliches im Bereich der Ökoinnovation. Insgesamt werden die EU-Staaten ihre Klimaschutzziele für 2020 voraussichtlich erreichen. Um das UN-Abkommen von Paris einzuhalten, müssten die Anstrengungen aber verstärkt werden.

■ *EU-Umweltpolitik in Deutschland*

### WETTBEWERBSBESCHRÄNKUNG BEI ABGASTECHNOLOGIEN

## BMW, Daimler und VW unter Verdacht

Die EU-Kommission hat den Verdacht, dass BMW, Daimler und VW von 2006 bis 2014 den Wettbewerb bei der Entwicklung von Technologien zur Abgasverringern bei Diesel- und Benzin-Autos durch Absprachen eingeschränkt haben. „Dadurch könnte Verbrauchern in Europa die Möglichkeit verwehrt worden sein, Fahrzeuge mit der besten verfügbaren Technologie zu kaufen“, sagte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager. Kooperation sei erlaubt, um die Qualität von Produkten zu verbessern, aber nicht um Verbesserungen zu blockieren.

Die Kommission übermittelte den Unternehmen ihre Beschwerden. Diese können jetzt Stellung nehmen. Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, drohen Strafen im Umfang von bis zu 10 Prozent des jeweiligen Jahresumsatzes. Daimler und VW hoffen allerdings, hohen Strafen zu entgehen – beide haben Kronzeugenstatus beantragt.

■ *Verstoß gegen EU-Kartellrecht*

### BILANZ DES AUFBAUS DER ENERGIEUNION

## EU ist gut aufgestellt für die Energiewende

In der Amtszeit der EU-Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker ist die Europäische Energieunion „eine Realität“ geworden. Die EU sei inzwischen gut gerüstet, um die Energiewende zu meistern und ihre Chancen für Wirtschaft und Umwelt zu nutzen, bilanzierte der zuständige Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič. Er hob etwa die Festlegung von Zielvorgaben für die stärkere Nutzung erneuerbarer Energiequellen, eine Steigerung der Energieeffizienz, ein neues Strommarktdesign, die bessere Anbindung etlicher Mitgliedstaaten an den Energiebinnenmarkt, die Förderung einer europäischen Batteriezellenproduktion und mittelfristige Grenzwerte für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Pkw, Lkw und Vans hervor.

Um die EU-Klimaschutz- und Energieziele künftig noch besser erreichen zu können, sollten die EU-Staaten mehrheitlich neue Energiesteuern beschließen können statt wie bisher nur einstimmig, schlug die Kommission außerdem vor. Das ist nach dem EU-Vertrag möglich, wenn alle Mitgliedstaaten dem zustimmen.

■ *Bilanz zur Energieunion*

## EU-BREXIT-GIPFEL

# Ein ungeordneter EU-Austritt ist zunächst abgewendet

Das Vereinigte Königreich bekommt bis zum 31. Oktober Zeit, die Weichen für einen geordneten Austritt aus der EU zu stellen oder seine Meinung zum Brexit grundsätzlich zu überdenken. Darauf haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs bei einem Sondergipfel in Brüssel verständigt. Ein Austritt ist aber auch vor Ende Oktober möglich. Falls das britische Parlament den bereits dreimal abgelehnten Austrittsvertrag doch noch annimmt, soll der Brexit am darauffolgenden Monatsbeginn stattfinden, heißt es in den Gipfelschlussfolgerungen.



© Rat der Europäischen Union

*Bis in die Nacht wurde beim EU-Gipfel über eine erneute Verschiebung des Brexit beraten.*

> Ein ungeordneter Brexit, der ohne Einigung am 12. April gedroht hätte, ist damit zunächst abgewendet. Die britische Premierministerin Theresa May sagte, in London müsse nun intensiv an einer Einigung über den Brexit-Kurs gearbeitet werden. Gelingt eine Zustimmung zum Austrittsvertrag in den ersten drei Maiwochen, dann müssten die Briten sich nicht an den Wahlen zum Europäischen Parlament vom 23. bis 26. Mai beteiligen und könnten die EU am 1. Juni verlassen. Andernfalls bleibt das Vereinigte Königreich weiter EU-Mitglied mit allen Rechten und Pflichten und nimmt an der Europawahl teil.

## London verspricht loyale Zusammenarbeit

„Das mag merkwürdig aussehen“, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Aber die Verträge seien die Verträge. Juncker zeigte sich zufrieden mit der Einigung auf eine Brexit-Verschiebung. „Wir müssen alles tun, um einen ungeordneten Brexit zu vermeiden“, sagte er. „Das wäre ein völliges Desaster“. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, angesichts der vielen Probleme in der Welt müssten die Europäer zeigen, „dass wir auch einen geordneten Austritt hinbekommen“. Und zwar im eigenen Interesse Deutschlands und der EU, so Merkel.

Am 31. Oktober endet die Amtszeit der amtierenden EU-Kommission. London müsste, selbst wenn die Briten das neue Europaparlament mitwählen, also

zunächst einmal keinen neuen EU-Kommissar benennen. Beim EU-Gipfel sagte May zu, „während des Verlängerungszeitraums getreu der Verpflichtung zur loyalen Zusammenarbeit konstruktiv und verantwortungsvoll zu handeln“, in einer Weise, die Großbritannien als austretender Mitgliedstaat widerspiegelt“, heißt es in den Schlussfolgerungen. Dabei geht es darum, dass London keine wichtigen Zukunftsentscheidungen der EU-27 blockiert. Juncker gab sich überzeugt, „dass das Vereinigte Königreich diese Verpflichtung auch einhalten wird“.

Man habe sich verständigt, dass in der Verlängerungszeit „die 27 ab und an auch zu 27 Tagen können, ohne die britischen Freunde, um die Zukunft vorbereiten zu können“, sagte Juncker. Der Kommissionspräsident wies darauf hin, dass Entscheidungen wie die Ernennung eines neuen Präsidenten des Europäischen Rates oder der Abschluss von Handelsverträgen von den Mitgliedstaaten mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden könnten. „Die Möglichkeiten des Vereinigten Königreiches, zu blockieren, sind sehr beschränkt“, sagte Juncker.

## Größe des Europaparlaments noch unklar

Die Frage, ob die Briten an der Europawahl teilnehmen oder nicht, hat auf die Wahl in etlichen Mitgliedstaaten erhebliche Auswirkungen. In Deutschland ändert sich dadurch grundsätzlich nichts. Hier werden auf jeden Fall 96 Europaabgeordnete gewählt, so viele wie in keinem anderen Land. Wählen die Briten mit, sind insgesamt 751 Mandate zu vergeben, falls nicht, sind es 705. Von den 73 britischen Sitzen würden dann 27 auf 14 Mitgliedstaaten verteilt, die inzwischen aufgrund gestiegener Bevölkerungszahlen unterrepräsentiert sind.

Donald Tusk, der Präsident des Europäischen Rates, sieht für die Briten bis zum 31. Oktober nun mehrere Möglichkeiten, darunter die Annahme des fertig ausgehandelten Austrittsvertrags oder auch eine Rücknahme des Austrittsantrags. Tusk gab den Briten nach dem EU-Gipfel noch eine Botschaft mit auf den Weg: „Diese Verlängerung ist so flexibel, wie ich erwartet habe und ein bißchen kürzer, als ich erwartet habe, aber sie ist lang genug, um die bestmögliche Lösung zu finden. Bitte verschwenden Sie diese Zeit nicht.“ (frh) >|

■ Zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats

## Keine neuen Verhandlungen

Über den Austrittsvertrag will die EU in der Verlängerungszeit nicht neu verhandeln und auch keine Verhandlungen über die künftigen bilateralen Beziehungen beginnen. Lediglich die politische Erklärung zu diesen künftigen Beziehungen könne angepasst werden, heißt es in den Gipfelschlussfolgerungen, falls sich London zum Beispiel entscheiden sollte, doch in einer Zollunion mit der EU bleiben zu wollen.

PRAXISTEST BIS ZUM KOMMENDEN JAHR

# Ethische Leitplanken sollen Entwicklung Künstlicher Intelligenz steuern

Mit ethischen Leitlinien will die EU-Kommission dazu beitragen, dass die Europäer Vertrauen in die Anwendungen Künstlicher Intelligenz (KI) haben. Auf der Basis der Arbeiten eines im Juni 2018 eingesetzten Expertengremiums nannte sie sieben Voraussetzungen dafür, dass der Mensch bei Einsatz dieser Technologie die volle Kontrolle behalten kann. „Die ethische Dimension der KI ist kein Luxusprodukt“, erklärte der für den digitalen Binnenmarkt zuständige EU-Kommissionsvizepräsident Andrus Ansip. Nur mit Vertrauen könne die Gesellschaft das volle Potenzial von Technologien ausschöpfen, und eine ethische KI könne zu einem Wettbewerbsvorteil für Europa werden, das die „Führungsrolle in der menschenzentrierten Künstlichen Intelligenz“ übernehmen könne.



> KI-Systeme sollen die menschliche Autonomie nicht verringern, einschränken oder fehlerleiten. Als Anforderungen werden formuliert:

- > Algorithmen müssen sicher, zuverlässig und robust genug sein, um mit Fehlern oder Widersprüchen umgehen zu können.
- > Bürger müssen die vollständige Kontrolle über ihre persönlichen Daten behalten, und diese Daten dürfen nicht zu ihrem Nachteil verwendet werden.
- > Transparenz: KI-Systeme müssen rückverfolgbar sein.
- > Der Zugang zu KI-Anwendungen soll sichergestellt werden, ohne Diskriminierung.
- > KI soll zur Förderung des sozialen und ökologischen Wandels genutzt werden.
- > Verantwortung und Rechenschaftspflicht für KI-Systeme muss gewährleistet werden.

„Man muss immer wissen, ob man es mit einem Algorithmus oder einem Menschen zu tun hat“, sagte die EU-Kommissarin für digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Mariya Gabriel. „Wir verfügen nun über ein solides Fundament auf der Grundlage der EU-Werte und folgen einem umfassenden und konstruktiven Engagement vieler Interessengruppen, darunter Unternehmen, Hochschulen und Zivilgesellschaft“, erklärte sie.

## Weltweite Diskussion angestrebt

Die sieben Ziele sollen ab Sommer auf ihre Praxistauglichkeit getestet werden. Gleichzeitig will

die Kommission eine internationale Diskussion anstoßen und sich auf globaler Ebene dafür einsetzen, dass bei KI immer der Mensch im Mittelpunkt steht. So soll die Zusammenarbeit mit „gleichgesinnten“ Staaten wie Japan, Kanada oder Singapur verstärkt und das Thema im Rahmen der G7 und G20 vorangebracht werden.

Anfang 2020 soll die KI-Expertengruppe ihre Bewertung des Praxistests der Leitlinien vorlegen und die Kommission will auf dieser Grundlage dann weitere Schritte vorschlagen. Bevor über Gesetzgebung nachgedacht werde, müsse zunächst die Realität vor Ort beobachtet werden, sagte Gabriel. Man wolle nicht von vornherein rote Linien ziehen.

## KI kann Industrieprozesse verändern

Ob Roboter, die Aufgaben eigenständig erfüllen und ihr Wissen an andere Maschinen weitergeben, oder KI-Systeme, die Techniker bei Reparaturen anleiten: 12 Prozent der deutschen Industrieunternehmen nutzen laut einer Umfrage im Auftrag des Digitalverbands Bitkom heute bereits Künstliche Intelligenz. Ungefähr jedes zweite Unternehmen rechnet damit, dass das maschinelle Lernen bestehende Geschäftsmodelle tiefgreifend verändern wird und die Produktivität steigt. 39 Prozent erwarten bessere Fehlererkennung und dadurch kürzere Ausfallzeiten von Maschinen, 33 Prozent rechnen mit optimierten Prozessen in der Fertigung. (ste/frh) >|

*Viele Unternehmen erhoffen sich durch den Einsatz von Technologie mit Künstlicher Intelligenz eine Steigerung der Produktivität.*

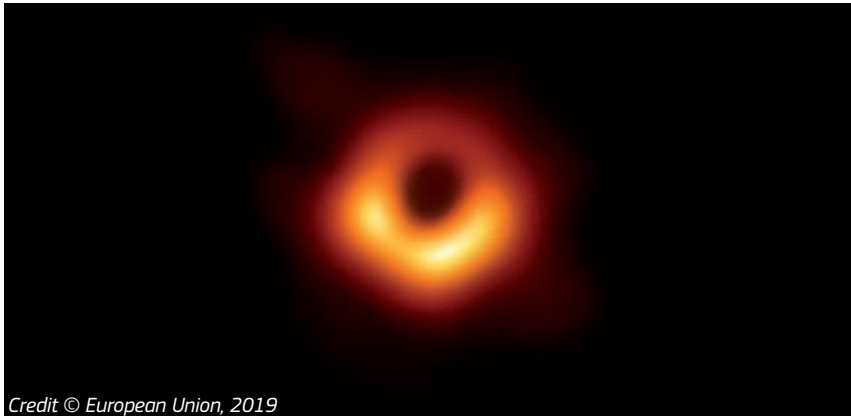
## Viele Möglichkeiten der Anwendung

Bei Systemen Künstlicher Intelligenz geht es darum, dass Computer durch Datenverarbeitung „dazulernen“ und Aufgaben lösen, deren Lösung „menschliche“ Intelligenz erfordert. KI gilt als eine der strategisch bedeutendsten Technologien unseres Jahrhunderts. Die Anwendungsmöglichkeiten sind breit gefächert: ob Gesundheitswesen, Energieverbrauch, Fahrzeugsicherheit, Landwirtschaft, Vorbeugung von Finanzrisiken oder Bekämpfung von Cyberangriffen.

EU-GEFÖRDERTE WISSENSCHAFTLER BETEILIGT

# Erste Bilder eines schwarzen Lochs bestätigen Relativitätstheorie

Schwarze Löcher im Weltraum, in denen Masse verglüht, sind ein schwer zu beschreibendes und verstehendes Phänomen. Doch für die Wissenschaft sind sie jetzt eine Realität. Denn es gibt nun die ersten Aufnahmen eines schwarzen Lochs.



Credit © European Union, 2019

55 Millionen Lichtjahre von der Erde entfernt kreist ein leuchtender Ring aus Materie um ein unsichtbares Zentrum.

> Sie wurden von einem internationalen Wissenschaftlerteam parallel an sechs verschiedenen Orten auf der ganzen Welt präsentiert, darunter in Brüssel. Einige der an dem Kooperationsprojekt „Event Horizon Telescope“ beteiligten Wissenschaftler sind durch das EU-Forschungsprogramm unterstützt worden.

Die Beobachtungen bestätigten „extrem gut“ die Theorie und die Aussagen der von Albert Einstein vor gut 100 Jahren entwickelten Allgemeinen Relativitätstheorie und die jüngsten Simulationen von schwarzen Löchern, sagte Luciano Rezzolla, einer der beteiligten Forscher von der Goethe-Universität Frankfurt. Dadurch sei ein „mathematisches Konzept zu einem realen Objekt geworden“, das nun weiter beobachtet und erforscht werden könne. Einige alternative Erklärungsversuche zu schwarzen Löchern könnten nun bereits ausgeschlossen werden. Die auf den Bildern erkennbare größere Helligkeit des um das Zentrum herumfliegenden Plasmas zeige, dass das System rotiert, sagte Monika Moscibrodzka von der Universität Nijmegen. Man hoffe, mit Riesenteleskopen schwarze Löcher künftig auch filmen und ihr Verhalten so besser untersuchen zu können. Die Forscher erwarten sich allgemein neue Möglichkeiten zur Erforschung von Magnetfeldern.

„Die Wissenschaft wird oft durch Fiktionen inspiriert, und schwarze Löcher spuken schon lange in unseren Träumen herum und regen unsere Neugier an“, sagte EU-Forschungskommissar Carlos

Moedas. „Diese beeindruckende Entdeckung zeigt einmal mehr, wie die Zusammenarbeit mit Partnern in der ganzen Welt dazu führen kann, dass das Undenkbare möglich wird und der Horizont unseres Wissens sich weiter vergrößert“, sagte Moedas.

Bei einem schwarzen Loch handelt es sich um eine auf winzigstem Raum im Weltall konzentrierte unvorstellbar große Menge an Masse. Diese Konzentration hat enorme Auswirkungen auf die Umgebung, denn sie zieht alles Material an, das in die Nähe des Phänomens gelangt, und überhitzt es. Auch Licht- oder Radiowellen können die Umgebung nicht mehr verlassen, nachdem sie der Masse erst einmal nahe genug gekommen sind. Selbst die von Einstein beschriebene Raumzeit – die Vereinigung des dreidimensionalen Raums mit der Zeit – kann von einer so großen Masse gekrümmt werden, heißt es auf der Internetseite der Max-Planck-Gesellschaft.

Das beobachtete schwarze Loch, oder besser sein „Schatten“, wurde im Zentrum von „Messier 87“ aufgenommen, einer Riesengalaxie im Sternbild Jungfrau. Es ist 55 Millionen Lichtjahre von der Erde entfernt und seine Masse 6,5 Milliarden Mal größer als die unserer Sonne. Damit die unmittelbare Umgebung des Loches beobachtet werden konnte, wurde ein weltweites Netzwerk von acht Teleskopen in extremen Höhenlagen aufgebaut. In Europa ist ein Standort die spanische Sierra Nevada, auch auf Vulkanen in Mexiko und auf Hawaii, in den Bergen von Arizona, in der chilenischen Atacama-Wüste und in der Antarktis stehen Teleskope.

## Millionenförderung durch die EU

Die EU hat den Aufbau der Teleskopinfrastruktur mitfinanziert und etwa das weltweite Projekt „RadioNET“ in den vergangenen 15 Jahren mit 30,3 Mio. Euro gefördert. Koordiniert wird RadioNET vom Max-Planck-Institut für Radioastronomie in Bonn. 14 Mio. Euro hat die EU in das Projekt „Black-holeCam“ gesteckt, an dem seit 2014 drei leitende europäische Wissenschaftler mit ihren Teams arbeiten: Michael Kramer vom Max-Planck-Institut für Radioastronomie Bonn, Luciano Rezzolla von der Goethe-Universität Frankfurt und Heino Falcke von der Radboud-Universität Nijmegen. (frh) >|

## Teleskop im XXL-Format

Um die Aufnahmen des schwarzen Lochs zu machen, sei ein Teleskop „so groß wie die Erde“ nötig gewesen, sagte Eduardo Ros vom Max-Planck-Institut für Radioastronomie. Dieses sei virtuell aus den Aufnahmen der acht über den Globus verteilten Riesenteleskope entstanden. Zusammengeführt und ausgewertet worden seien die Bilder in Massachusetts und in Bonn.

Erste Aufnahmen eines schwarzen Lochs

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 16.04.2019 15.00–16.30 Uhr	„Europa in MV, MV in Europa – Was haben wir in Brüssel zu sagen?“ Informationsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Europäisches Integrationszentrum Rostock e. V., Europe Direct MV	Rathaus Hansestadt Stralsund Alter Markt 10 18349 Stralsund	www.eiz-rostock.de/events/was-haben-wir-in-bruessel-zu-sagen/
> 16.04.2019 19.00–22.00 Uhr	„Europa vor der Wahl. Wir müssen reden!“ Bürgerdialog <b>Veranstalter:</b> Europa Union Deutschland, Kreisverband der Ortenau	Ates Hotel in Kehl Straßburger Straße 18 77694 Kehl	https://eubw.eu/vorhaben/buergerdialog-in-kehl
> 24.04.2019 18.00–20.00 Uhr	„3. Bad Pyrmontener EUROPA FORUM. Die Europawahl steht bevor“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> Kreisverband Bad Pyrmont der Europa-Union Deutschland	Rathaus Rathausstraße 1 31812 Bad Pyrmont	www.europatermine.de/termine/datum/2019/april/24/termin/einzel/3bad_pyrmontener_europa_forum.html
> 03.–04.05.2019 17.00 Uhr	„Europawerkstatt Sachsen-Anhalt“ Tagung <b>Veranstalter:</b> Junge Europäische Föderalisten Sachsen-Anhalt	einewelt haus Magdeburg Schellingstraße 3-4 39104 Magdeburg	https://jef-sachsen-anhalt.de/kalender/europawerkstatt-sachsen-anhalt/
> 05.05.2019 ganztägig	„Die Europäische Union ist die Lösung, nicht das Problem – Bilanz und Perspektiven“ Informations- und Diskussionsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Niederbayern	Schloss Fürstenstein Burgstraße 10 94538 Fürstenstein	europa-gipfel@t-online.de
> 07.05.2019 11.00 Uhr	„Wir sind Europa“ Humboldt-Reden zu Europa – Mit Wopke Hoekstra, Finanzminister der Niederlande <b>Veranstalter:</b> Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht der Humboldt-Universität zu Berlin	Humboldt-Universität zu Berlin Unter den Linden 6 10117 Berlin	www.rewi.hu-berlin.de/de/lf/oe/whi/index.html
> 08.05.2019 19.00 Uhr	„Vom Rhein nach Europa. Künstler als europäische Vermittler“ Vortrag <b>Veranstalter:</b> Europe Direct Informationszentrum Karlsruhe	Städtische Galerie Karlsruhe Lorenzstraße 27 76135 Karlsruhe	https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt2/Ref27/EuropeDirect/Seiten/Europaveranstaltungen.aspx
> 09.05.2019 11.00–12.30 Uhr	„Europatag 2019. Wie fülle ich den Wahlzettel aus?“ Informationsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Deutschland KV Bad Pyrmont und Stadtverwaltung	Cafe Robert Brunnenplatz 4 31812 Bad Pyrmont	www.europatermine.de/termine/datum/2019/mai/9/termin/einzel/europatag_2019.html
> 09.05.2019 12.00–14.00 Uhr	„Diskussionsveranstaltungen in Schulen zur Wahl des Europäischen Parlaments 2019“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> GEKO e.V.	OSZ Teltow Potsdamer Straße 4 14513 Teltow	www.geko-bb.de/
> 09.05.2019 19.30–21.30 Uhr	„Europa festigen. Kandidaten zur Europa-Wahl auf dem Podium“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> Europa-Union –Wiesbaden, Presseclub Wiesbaden	Presseclub Wiesbaden Wilhelmstraße 19 65189 Wiesbaden	www.europatermine.de/termine/datum/2019/mai/9/termin/einzel/europa_festigen.html
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: <a href="https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de">https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de</a>			

## IMPRESSUM

© Europäische Union, 2019

**Herausgeber:****Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Richard Kühnel  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

**Herstellung:**

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

© Europäische Kommission, 2019



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



## WAHL ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

**Website bündelt wichtige Informationen**

Vom 23. bis 26. Mai dürfen alle wahlberechtigten EU-Bürger bestimmen, welche Abgeordneten sie in den kommenden fünf Jahren im Europäischen Parlament repräsentieren. Wann in den einzelnen Mitgliedstaaten Wahltag ist, ob und wie man sich registrieren muss, wie viele Abgeordnete es pro Land gibt und wer kandidiert: Solche und weitere wichtige Fragen zur Teilnahme werden auf einer speziellen Website des Europaparlaments beantwortet.



© Shutterstock

Erklärt wird auf der Website auch, warum jeder sein Stimmrecht nutzen sollte, worin die Aufgaben des Parlaments und die Rolle der europäischen Spitzenkandidaten bestehen, wo man die Wahlergebnisse aus den verschiedenen Ländern finden kann und was unmittelbar nach der Wahl geschieht.

■ [Zur Website](#)

## EU-SCHULPROGRAMM

**Deutschland erhält knapp 36 Mio. Euro**

Schulen, Kindergärten und ähnliche Einrichtungen können mit Unterstützung der EU Kindern und Jugendlichen dabei helfen, sich gesund mit Obst, Gemüse und Milchprodukten zu ernähren. In jedem Schuljahr steuert die EU 250 Mio. Euro zu entsprechenden Programmen bei. Deutschland erhält für das Schuljahr 2019/2020 von der EU knapp 36 Mio. Euro. Die Mittel werden aus nationalen Kassen aufgestockt.



© Shutterstock

Teilnehmende Schulen müssen auch für eine pädagogische Begleitung der Essensverteilung sorgen, etwa im Unterricht oder durch Besuche von Bauernhöfen. Wann und wie man sich für eine Teilnahme am EU-Schulprogramm bewerben kann, ist je nach Bundesland unterschiedlich. In Sachsen beginnt die Bewerbungsfrist für das kommende Schuljahr am 15. April, in Niedersachsen am 29. April. Informationen sind über die folgende Website zugänglich.

■ [Das EU-Schulprogramm](#)

## KLIMA- UND ARTENSCHUTZ

**Bundesumweltministerium vergibt Fördermittel für internationale Projekte**

Der Schutz von Klima und biologischer Vielfalt ist eine Aufgabe für Menschen und Staaten in aller Welt. Internationale Zusammenarbeit ist notwendig, um dabei Erfolg zu haben. Die EU setzt für ihre Mitgliedstaaten hierbei einen politischen Rahmen und unterstützt zahlreiche Projekte, etwa über das EU-Forschungsprogramm. Auch die Mitgliedstaaten tun etwas. So hat das Bundesumweltministerium jetzt einen Ideenwettbewerb für ambitionierte Klimaschutz- und Biodiversitätsvorhaben in Entwicklungs- und Schwellenländern gestartet. Anträge können bis zum 18. Juli eingereicht werden, etwa von Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen, Forschungseinrichtungen oder Entwicklungsbanken.



© Shutterstock

Im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative können 240 Mio. Euro Fördermittel für Projekte, etwa zum Kohleausstieg, der besseren Nutzung erneuerbarer Energiequellen oder zum Artenschutz vergeben werden. Voraussetzung ist, dass mehrere interessierte Organisationen gemeinsam Ideen entwickeln.

■ [Zur Internationalen Klimaschutzinitiative](#)

APP „MIT DEM AUTO INS AUSLAND“

**Online über Maut, City-Maut und Umweltzonen informieren**

Reisen mit dem Auto durch die EU, Norwegen, Island und die Schweiz wird komplizierter. Auf etlichen Fernstraßen, in Tunneln und auf Brücken wird Maut fällig. Für die Fahrt in die Innenstädte von zum Beispiel Mailand, Bologna, Palermo, Stockholm, Göteborg oder London muss zu bestimmten Zeiten ein Ticket gekauft werden. Aus Umweltgründen gibt es in zahlreichen Städten in Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden, Großbritannien, Spanien und Portugal Beschränkungen für bestimmte Autos. Teilweise müssen sich Halter online registrieren, bei Missachtung können hohe Bußgelder fällig werden.

Diese zu vermeiden hilft die vor den Osterferien aktualisierte kostenlose App „Mit dem Auto ins Ausland“ des Europäischen Verbraucherzentrums Deutschland. Sie bietet eine Übersicht über die geltenden Vorschriften.

■ [Zur App](#)